S 2 VG 46/21

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Schleswig-Holstein

Sozialgericht Schleswig-Holsteinisches

Landessozialgericht

Sachgebiet -Abteilung 2.

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Antrag auf Leistungen der Gewaltopferentschädigung,

Voraussetzungen Rückwirkung des

Antrags

Leitsätze Die Unkenntnis der Regelungen der

Gewaltopferentschädigung ist in Hinblick

auf die Veröffentlichung dieser Vorschriften im Bundesgesetzblatt

rechtlich nicht als unverschuldet im Sinne von § 60 Abs.1 S.3 BVG zu qualifizieren und vermag einen Leistungsanspruch für Zeiträume vor Antragstellung über den sich aus § 60 Abs.1 S.1 und S.2 BVG ergebenden Zeitpunkt hinaus nicht zu

bearünden.

Eine unverschuldet unterbliebene Antragstellung aus gesundheitlichen Gründen ist nach § 60 Abs.1 S.3 BVG nur anzunehmen, wenn dieselben gesundheitlichen Gründe auch eine

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand rechtfertigen würden, also dann, wenn der Betreffende so schwer erkrankt ist, dass er weder selbst handeln noch einen

anderen beauftragen kann.

§ 1 Abs. 1 OEG, § 60 Abs.1 S.3 BVG, § 67

<u>SGG</u>

1. Instanz

Normenkette

Aktenzeichen S 2 VG 46/21

Datum 11.05.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 VG 46/21

Datum 17.03.2023

3. Instanz

Datum -

Auf die Berufung des Beklagten wird der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts $L\tilde{A}^{1}_{4}$ beck vom 11. Mai 2021 insoweit aufgehoben, als der Beklagte zu einer Leistungsgew \tilde{A} ¤hrung auch f \tilde{A}^{1}_{4} r den Zeitraum vor dem 1. \hat{A} Februar 2017 verurteilt worden ist.

Â

Au \tilde{A} \square ergerichtliche Kosten haben die Beteiligten einander f \tilde{A} 1 / 4 r das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Â

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Â

Tatbestand

Â

Die 1964 geborene KlĤgerin begehrt die GewĤhrung von Leistungen nach dem OpferentschĤdigungsgesetz (OEG) in Verbindung mit dem Bundesversorgungsgesetz (BVG). Im Berufungsverfahren streiten die Beteiligten nur noch um den Beginn der EntschĤdigungsleistungen.

Â

Die Kläagerin wurde in der Nacht vom 1. auf den 2. Mäarz 2003 Opfer einer sexuellen Nä¶tigung. Täater war ein Bekannter, den sie am Tatabend in ihre Wohnung eingeladen hatte. Nachdem sie dessen Annäaherungsversuche zurä¼ckgewiesen hatte, zwang dieser sie durch Gewaltanwendung und Drohung mit Gewalt zu sexuellen Handlungen, wobei dem Täater die Erzwingung eines vaginalen Geschlechtsverkehrs entgegen dessen Absichten nicht gelang. Der Täater wurde mit Urteil des Amtsgerichts Oldenburg in Holstein vom 27. Oktober 2004 wegen dieser Tat zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren verurteilt.

Â

Die KlĤgerin stand ab 2005 im Leistungsbezug nach dem SGB II bei dem Jobcenter Ostholstein. Zuvor hatte sie Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz bezogen.

Â

Am 7. Februar 2017 beantragte die KlĤgerin gegenüber der Deutschen Rentenversicherung Bund die Gewährung einer Erwerbsminderungsrente, die ihr nach medizinischer Sachverhaltsaufklärung auch gewährt wurde.

Â

Am 16. Februar 2017 beantragte die Klägerin gegenüber dem Beklagten die Gewährung von Leistungen nach dem OEG. Der Beklagte zog zur weiteren Sachaufklärung zunächst die Akten aus dem Strafverfahren des Amtsgerichts Oldenburg in Holstein bei und holte medizinische Befundunterlagen über die Klägerin ein. Ferner veranlasste der Beklagte eine psychiatrische Untersuchung durch die Sachverständige Dr. D. Da die Klägerin zu dem geladenen Termin am 10. April 2018 ohne Angabe von Gründen und ohne Absage nicht erschien, erstellte Frau Dr. D zunächst eine gutachterliche Ã□uÃ□erung nach Aktenlage, in der sie einen kausalen Zusammenhang zwischen den bei der Klägerin vorliegenden psychischen Schädigungen, Angst und depressive Störung gemischt sowie Alkoholabhängigkeit, mit der Gewalttat verneinte und dementsprechend einen Grad der Schädigungsfolgen (GdS) in Höhe von 0 annahm.

Â

Mit Bescheid vom 26. April 2018 stellte der Beklagte fest, dass die Klä¤gerin am 2. Mä¤rz 2003 Opfer einer Gewalttat geworden sei, lehnte den Antrag auf Versorgung aber ab. Dagegen richtete sich der Widerspruch der Klä¤gerin vom 2. Mai 2018, zu dessen Begrä¼ndung sie vortrug, sie habe Anspruch auf Entschä¤digungsleistungen ab Mä¤rz 2003. Dem Antragserfordernis habe sie schlichtweg nicht nachkommen kä¶nnen, da sie durch die erlittenen Tatfolgen eine posttraumatische Belastungsstä¶rung entwickelt habe, die es ihr nicht ermä¶glicht habe, einen Antrag nach dem OEG zu stellen. Im Widerspruchsverfahren wurde die Klä¤gerin durch die Sachverstä¤ndige D am 10. September 2018 begutachtet. Nach persä¶nlicher Begutachtung der Klä¤gerin fä¼hrte die Sachverstä¤ndige nunmehr aus, dass ein ursä¤chlicher Zusammenhang zwischen einer bei der Klä¤gerin seit 2003 bestehenden posttraumatischen Belastungsstä¶rung und der Gewalttat wahrscheinlich sei. Die Suchterkrankung und die depressive Stä¶rung seien weiterhin als schä¤digungsunabhä¤ngig zu bewerten. Der GdS sei ab Antragsmonat mit 30 zu bewerten.

Â

Mit Widerspruchsbescheid vom 17. Mai 2019 gab der Beklagte den Widerspruch insoweit statt, als er eine posttraumatische Belastungsstörung als Schädigungsfolge anerkannte, diese mit GdS von 30 bewertete und mit Wirkung ab 1. Februar 2017 eine monatliche Grundrente unter Zugrundelegung dieses GdS gewährte. Im Ã□brigen wurde der Widerspruch zurückgewiesen. In der Begrþndung schilderte der Beklagte die Regelung aus <u>§ 60 Abs. 1 BVG</u> und

führte zur Begründung aus, allein aus dem Krankheitsbild könne nicht auf eine unverschuldete Verhinderung zur früheren Antragstellung geschlossen werden. Eine rückwirkende Leistungsgewährung für die Zeit vor Antragstellung scheide schon deshalb aus, weil der Antrag im Jahr 2017 weit auÃ□erhalb der Jahresfrist gestellt worden sei. Die Klägerin sei seit August 2003 in psychotherapeutischer Behandlung gewesen und habe gewusst, dass ihre psychischen Beschwerden jedenfalls teilweise auf die Gewalttat zurückzuführen seien. Es lieÃ□e sich nicht feststellen, dass sie die hier gebotene und nach den Umständen zumutbarer Sorgfalt beachtet habe. Ebenso lieÃ□e sich ein Zeitraum der Verhinderung nicht abgrenzen.

Â

Mit der am 30. Mai 2019 bei dem Sozialgericht $L\tilde{A}^{1/4}$ beck erhobenen Klage hat die Kl \tilde{A} $^{\times}$ gerin ihr Begehren weiterverfolgt.

Â

Zur Begründung hat sie â∏ soweit im Berufungsverfahren noch von Relevanzvorgetragen, unter Heranziehung der Regelung des <u>§ 60 Abs. 1 Satz 3 BVG</u> sei eine rückwirkende GewÃxhrung der beantragten Leistung ab dem Zeitpunkt der Gewalttat anzunehmen. Die Voraussetzungen dieses VerlĤngerungstatbestands seien gegeben, denn die KlĤgerin sei durch die Gewalttat wesentlich in ihrer Erlebnis- und Gestaltungsfänkligkeit eingeschränkt gewesen. Die Tatfolgen hÃxtten zu BeeintrÃxchtigungen im Alltag und im sozialen Bereich geführt, die bis zum heutigen Tage andauerten. FÃ1/4r die ersten 2 Jahre nach der Gewalttat ergebe sich dies auch aus den Schilderungen der gehĶrten Gutachterin. Die Antragstellung sei auch so spĤt erfolgt, weil der KlĤgerin erst im Jahre 2017 durch ihren Behandler Dr. E die Verdachtsdiagnose der posttraumatischen BelastungsstĶrung genannt worden sei. Zu diesem Zeitpunkt sei ihr gar nicht bewusst gewesen, dass ihr Erkrankungsbild auf der Gewalttat beruhe. Es sei nicht zutreffend, dass ihr ab August 2003 eine auf der Gewalttat beruhende psychische Problematik bekannt gewesen sei. Ihre ̸berforderungssituation in Alltags â∏ und BewÄxltigungsstrategien habe zu einer Dekompensation und VerdrÄxngung geführt und sie daran gehindert bereits früher einen Erstantrag zu stellen.

Â

Â

Die KlĤgerin hat beantragt,

Â

den Beklagten unter Aufhebung des Bescheides vom 26. April 2018 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 17. Mai 2019 zu verpflichten, bei ihr einen Grad der SchĤdigungsfolgen in Höhe von mindestens 50 ab 2. März 2003 anzuerkennen und ihr darauf beruhend entsprechende Versorgungsleistungen zu

erbringen.

Â

Der Beklagte hat sinngemäÃ□ beantragt,

Â

die Klage abzuweisen soweit sie $\tilde{A}^{1}/_{0}$ ber sein Teilanerkenntnis vom 16. April 2020 hinausgeht.

Â

Der Beklagte hat \hat{a}_{\square} soweit f \tilde{A}_{1} r das Berufungsverfahren noch relevantvorgetragen, die Besch \tilde{A} xdigtenversorgung beginne mit dem Monat der Antragstellung. F \tilde{A}_{1} r eine R \tilde{A}_{2} ckwirkung auf den Zeitpunkt der Tat best \tilde{A} xnden keine Anhaltspunkte.

Â

Das Sozialgericht hat zur weiteren AufklĤrung des Sachverhalts einen Befundbericht des die KlĤgerin behandelnden Psychiaters Dr. E sowie ein fļr die DRV Bund erstelltes Gutachten des Neurologen und Psychiaters Z beigezogen.

Â

Ferner hat das Sozialgericht bei dem Neurologen, Psychiater und Psychotherapeuten Dr. F ein Gutachten über die Klägerin in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten hat der SachverstĤndige F am 7. MĤrz 2021 aufgrund einer ambulanten Untersuchung der KlĤgerin am 3. Februar 2021 erstellt. Darin hat er bei der KIĤgerin eine auf die Gewalttat zurļckzuführende posttraumatische BelastungsstĶrung diagnostiziert. Eine schĤdigungsunabhĤngige, generalisierte AngststĶrung sowie eine rezidivierende depressive StĶrung seien hingegen nicht zu diagnostizieren. Die damit beschriebenen Beschwerden seien erst nach der Gewalttat aufgetreten und als AusprĤgung der posttraumatischen BelastungsstĶrung auf diese zurļckzufļhren. Der GdS sei mit 40 zu bewerten, ein höherer GdS sei nicht anzunehmen, da das AusmaÃ∏ einer schweren Zwangskrankheit mit mittelgradigen sozialen AnpassungsstĶrungen nicht erreicht werde. Die KlĤgerin leide zwar unter den beschriebenen Folgen der Gewalttat, in erster Linie in Form von Angsten und Panikattacken, Verunsicherung und EinschrÄxnkung in ihrem Sozialverhalten sowie im Bereich der Partnerschaft und SexualitÃxt. Andererseits sei sie dazu in der Lage, ohne fremde Hilfe mit ihrem jetzt 16-jAxhrigen Sohn in einer Mietwohnung zu leben und sich um ihre und die Versorgung ihres Sohnes ausreichend zu kümmern. Ihre AuÃ∏en- und Sozialkontakte seien zwar erheblich eingeschrĤnkt, sie kĶnne aber mit der erforderlichen Distanz einen tragfÄxhigen Kontakt zu anderen Personen in ihrer Nähe aufrechterhalten. Sie habe auÃ∏erdem einen stabilen Kontakt zum Vater ihres Sohnes. Nach den zur VerfÄ¹/₄gung gestellten Akten sei die KlĤgerin aber aus

gesundheitlichen Gründen daran gehindert gewesen, vor dem 16. Februar 2017 einen Antrag auf Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz zu stellen. MaÃ□gebend für diese Einschätzung sei, dass es glaubhaft sei, dass die Klägerin aufgrund der konkreten Folgen der posttraumatischen Belastungsstörung, ihrer Ã□ngste und wiederholten Depression sowie ihrer schweren Alkoholabhängigkeit zwischen 2003 und 2017 nicht dazu in der Lage gewesen sei, ihre persönlichen Dinge selbst oder mit externer Unterstützung zu regeln. Nur mithilfe einer Suchtberatungsstelle sei sie in der Lage gewesen, den Aufforderungen ihres zuständigen Arbeits- und Sozialamtes, ihrer Krankenkasse und anderer Behörden halbwegs nachzukommen. Zur Beantwortung von Amtsanfragen oder dem AusfÃ⅓llen von Anträgen wäre sie allein nicht in der Lage gewesen.

Â

In Reaktion auf dieses Gutachten hat der Beklagte am 16. April 2021 ein Teilanerkenntnis abgegeben und sich verpflichtet, bei der KlĤgerin unter AbĤnderung der angefochtenen Verwaltungsentscheidungen einen Gesamt-GdS von 40 ab 1. Februar 2017 (Antragstellung) anzuerkennen und eine Grundrente unter Zugrundelegung dieses GdS zu gewĤhren sowie 2/3 der notwendigen auÄ∏ergerichtlichen Kosten der KlĤgerin zu ýbernehmen.

Â

Nach Anhörung der Beteiligten zu der beabsichtigten Verfahrensweise hat das Sozialgericht Lýbeck den Beklagten mit Gerichtsbescheid vom 11. Mai 2021 verurteilt bei der Klägerin ab 2. März 2003 einen GdS von 40 festzustellen und entsprechende Versorgungsleistungen zu erbringen. Im Ã□brigen hat es die Klage abgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt, der gerichtliche Sachverständige habe umfassend und für das Gericht Ã⅓berzeugend dargestellt, dass die Voraussetzungen für eine unverschuldete, spätere Antragstellung vorlägen. Aufgrund der konkreten Folgen der posttraumatischen Belastungsstörung, ihrer Ã□ngste und wiederholten Depression sowie ihrer schweren Alkoholkrankheit sei die Klägerin nach der Gewalttat 2003 bis zur Antragstellung im Februar 2017 nicht in der Lage gewesen, ihre persönlichen Dinge selbst oder mit externer Unterstützung zu regeln.

Â

Gegen diesen ihm am 17. Mai 2021 zugestellten Gerichtsbescheid richtet sich die Berufung des Beklagten vom 27. Mai 2021.

Â

Zur Begrýndung seiner Berufung trägt der Beklagte vor, welche konkreten Folgen der posttraumatischen Belastungsstörung eine Antragstellung für einen Zeitraum von ca. 14 Jahren ausgeschlossen hätten, habe das Sozialgericht in der angefochtenen Entscheidung nicht genannt. Das Gutachten des Sachverständigen

sei in diesem Punkt widersprüchlich. Während er einerseits die Möglichkeit einer Antragstellung vor Februar 2017 verneint habe, habe er der KlAzgerin andererseits bescheinigt, sich verantwortungsvoll in allen Lebensbereichen, zum Beispiel um ihren Haushalt, ihre medizinische Versorgung und ihren minderjĤhrigen Sohn sowie um sich selbst ausreichend zu kümmern und einen stabilen Kontakt zum Vater ihres Sohnes zu halten. Das Sozialgericht habe auch den Umstand nicht beachtet, dass die KlAzgerin seit Oktober 2008 eine ambulante Betreuung durch eine Suchtberatungsstelle in Anspruch nehme. Das Gericht hAxtte prüfen müssen, ob es der Klägerin nachweisbar nicht möglich gewesen sei einen Antrag zu stellen, anstatt sich auf die pauschale Aussage des Sachverständigen zu stützen. Die ambulante Betreuung der Klägerin sei lediglich in der Zeit vom 30. Mai 2011 bis 16. Januar 2012 sowie 30. Juni 2016 bis 12. Dezember 2016 zur DurchfÄ1/4hrung eines Versuchs zum Meistern des Alltags ohne UnterstÃ1/4tzung unterbrochen gewesen. Da diese Versuche gescheitert seien, könne unter Umständen nur für diesen Zeitraum von rund 13 Monaten angenommen werden, dass die KlĤgerin ohne Verschulden nicht in der Lage gewesen sei innerhalb der Jahresfrist einen Antrag zu stellen. Die Frist zur Antragstellung kA¶nne nicht um rund 14 Jahre verlAxngert werden, weil die KIÃxgerin innerhalb des Zeitraums zwischen der Tat und der Antragstellung nicht die MĶglichkeit gehabt habe, einen Antrag nach dem OEG zu stellen. Denn sie sei nicht durchgĤngig aufgrund von medizinischen Gründen gehindert gewesen, einen Antrag zu stellen.

Â

Der Beklagte beantragt,

Â

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Lýbeck vom 11. Mai 2011 insoweit aufzuheben, als der Beklagte unter Abänderung des Bescheides vom 26. April 2018 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17. Mai 2019 verurteilt wird, bei der Klägerin einen Grad der Schädigungsfolgen von 40 vor dem 1. Februar 2017 festzustellen und entsprechende Versorgungsleistungen zu erbringen.

Â

Die KlĤgerin beantragt,

Â

 \hat{A} \hat{A} die Berufung zur \tilde{A} ½ckzuweisen.

Â

Sie tr \tilde{A} ¤gt vor, es sei unstreitig, dass sie Opfer einer Straftat geworden sei und durch diese eine posttraumatische Belastungsst \tilde{A} ¶rung erlitten habe sowie, dass sie dar \tilde{A} ½ber hinaus an einer schweren Alkoholkrankheit gelitten habe. Der

erstinstanzlich gehã¶rte Sachverständige habe auch ausgeführt, dass sie aufgrund dieser Erkrankungen an einer früheren Antragstellung gehindert gewesen sei, insoweit gehe der Vorwurf des Beklagten, das Sozialgericht habe sich nicht ausreichend mit der Frage, ob die Klägerin an einer frþheren Antragstellung gehindert gewesen sei, auseinandergesetzt, fehl. Ihres Erachtens sei das Gutachten auch nicht widersprþchlich, der Sachverständige versuche lediglich die Differenzierung zwischen zwei Diagnosen zu erläutern. Es sei weltfremd, wenn aus dem Scheitern zweier ambulant begleiteter Betreuungsversuche der Umkehrschluss gezogen werden solle, die Klägerin habe auÃ∏erhalb dieser Versuche sich in einem Zustand der uneingeschränkten Handlungsfähigkeit befunden. Vielmehr mÃ⅓sse das Scheitern der Betreuungsversuche als Nachweis betrachtet werden, dass die Klägerin gerade nicht in der Lage gewesen sei, selbstständig auÃ∏erhalb ihrer Lebensumwelt handeln zu können.

Â

Der Senat hat zur weiteren AufklĤrung des Sachverhaltes Befundberichte des Allgemeinmediziners Dr. D1 und des Psychiaters Dr. E beigezogen. Ferner hat der Senat die die KlĤgerin betreffenden Akten des Jobcenters Ostholstein beigezogen, daraus Kopien gefertigt und diese den Beteiligten zur Verfļgung gestellt. Des Weiteren hat er Unterlagen aus der die KlĤgerin betreffenden Akte der Deutschen Rentenversicherung Bund beigezogen.

Â

Der Beklagte hat der KlĤgerin mit Bescheid vom 14. Juni 2022 unter Anerkennung einer besonderen beruflichen Betroffenheit gemĤÄ∏ <u>§ 30 Abs.2 BVG</u> ab Februar 2017 Versorgungsleistungen aufgrund eines GdS von 50, Berufsschadensausgleich und Ausgleichsrente gewĤhrt.

Â

Ergänzend wird hinsichtlich des Sach- und Streitstandes auf die Schriftsätze der Beteiligten sowie den weiteren Inhalt der Gerichtsakten und der die Klägerin betreffenden Verwaltungsakten des Beklagten Bezug genommen.

Â

Entscheidungsgründe

Â

Die Berufung ist zul \tilde{A} ¤ssig. Insbesondere ist diese innerhalb der Monatsfrist gem \tilde{A} " \tilde{A} " \tilde{A} \$ 151 Abs. 1 Sozialgerichtsgesetz (SGG) eingegangen. Einer gesonderten Zulassung der Berufung gem \tilde{A} " \tilde{A} \$ 144 Abs. 1 SGG bedurfte es schon deshalb nicht, weil um laufende Leistungen f \tilde{A} 1/4r mehr als ein Kalenderjahr gestritten wird.

Â

Die Berufung ist auch begründet. Zu Unrecht hat das Sozialgericht den Beklagten verurteilt, der Klägerin Versorgungsleistungen auch für die Zeit vor Februar 2017 zu erbringen. Die angefochtenen Verwaltungsentscheidungen erweisen sich nur insoweit als rechtswidrig, als sie der Klägerin Versorgungsleistungen auf Grundlage eines medizinischen GdS von weniger als 40 zu erkennen, nicht jedoch soweit sie die Leistungsgewährung auf die Zeit ab dem 1. Februar 2017 begrenzen.

Â

Grundlage des klägerischen Anspruchs ist <u>§Â 1 Abs. 1 Satz 1 OEG</u>, der die Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des BVG vorsieht, für eine Person, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen, tätlichen Angriffs gegen sich selbst oder eine andere Person eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat.

Â

GemäÃ□ § 60 Abs. 1 Satz 1 BVG beginnt die Beschädigtenversorgung mit dem Monat, in dem ihre Voraussetzungen erfüIlt sind, frühestens mit dem Antragsmonat. Nach Satz 2 der Vorschrift ist die Versorgung auch für Zeiträume vor der Antragstellung zu leisten, wenn der Antrag innerhalb eines Jahres nach Eintritt der Schädigung gestellt wird. War der oder die Beschädigte ohne ihr oder sein Verschulden an der Antragstellung verhindert, so verlängert sich diese Frist gemäÃ□ Satz 3 der Vorschrift um den Zeitraum der Verhinderung.

Â

Ein Verschulden in Bezug auf die nicht rechtzeitige Antragstellung innerhalb der Jahresfrist des Satzes 2 liegt nur dann nicht vor, wenn die Versorgungsberechtigte oder deren gesetzlicher Vertreter die ihr gebotene und nach den UmstĤnden zumutbare Sorgfalt beachtet hat. GrundsAxtzlich gilt insoweit ein subjektiver Ma̸stab. Als Verschulden kommt insoweit eigenes Verschulden als auch ein zurechenbares Verschulden des gesetzlichen Vertreters in Betracht. Schutzwürdige Interessenkonflikte können dazu führen, dass ausnahmsweise das Verschulden des gesetzlichen Vertreters nicht dem Beschäudigten, insbesondere einem Gewaltopfer, zuzurechnen ist, etwa wenn der gesetzliche Vertreter zugleich der TĤter gewesen ist oder dem GewalttĤter familiĤr oder durch gleichgelagerte Interessen eng verbunden ist. Eine Zurechnung von Verschulden des gesetzlichen Vertreters ausschlie̸ende schutzwürdige Interessenkonflikte liegt auch vor, wenn eine dem GewalttĤter eng verbundene Person, die der Rechtsordnung ein Zeugnisverweigerungsrecht zugesteht, durch die Antragstellung zivilrechtlichen Schadenersatzansprļchen ausgesetzt wĤre. (vergleiche dazu Knörr in Knickrehm â∏Soziales Entschädigungsrechtâ∏∏ § 60 **BVG** Rn. 8-9.)

Â

Häufiger Anwendungsbereich der Verlängerungsregelung gemäÃ∏ <u>§ 60 Abs. 1 Satz 3 BVG</u> sind demnach Fälle der Schädigung eines minderjährigen Kindes, oftmals sexueller Missbrauch oder körperliche Missbandlung, wenn die Eltern oder sonstigen gesetzlichen Vertreter selbst Täter sind oder eine nähere Beziehung zu dem Täter haben. Eine derartige Konstellation liegt hier nicht vor.

Â

Das Bundessozialgericht hat in einem relativ aktuellem Urteil vom 16. März 2016 (B 9 V 6/15 R) klargestellt, dass die erweiterte Rückwirkung des Antrags nach §Â 60 Abs. 1 Satz 3 BVG aufgrund ihres Ausnahmecharakters eng handzuhaben ist. Allein das fehlende Wissen um einen möglicherweise bestehenden Anspruch nach § 1 OEG stellt danach keinen Anwendungsfall der Rückwirkung dar, weil jedem Bürger gesetzliche Bestimmungen nach ihrer Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt als bekannt gelten (Publizitätsgrundsatz) und im Sozialrecht für den Bürger vielfältige Möglichkeiten bestehen, sich über seine sozialen Rechte zu informieren. (BSG aaO Rn. 22). Der Senat schlieÃ□t sich dieser Rechtsprechung an.

Â

Danach vermag allein die Unkenntnis der Kl \tilde{A} x gerin von den Regelungen des OEG nicht dazu f \tilde{A} 1 4 hren, dass ihr Antrag R \tilde{A} 1 4 ckwirkung entfaltet.

Â

Die KlĤgerin stļtzt ihren Anspruch auf rückwirkende LeistungsgewĤhrung für ZeitrĤume vor Antragstellung auf ihren durch die auf der Gewalttat beruhende posttraumatische Belastungsstörung und eine Alkoholerkrankung gekennzeichneten Gesundheitszustand. Bei Anwendung und Auslegung der Regelung in § 60 Abs. 1 BVG sind auch die von der Rechtsprechung zu § 67 SGG (Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand) entwickelten Grundsätze zu berücksichtigen (siehe BSG, Urteil vom 15. August 2000, B9 VG 1/99 R Rn. 13). Danach schlieÃ∏t Krankheit ein Verschulden nur aus, wenn der Beteiligte so schwer erkrankt ist, dass er nicht selbst handeln und auch nicht einen anderen beauftragen kann (vergleiche zu der Rückwirkung nach § 60 Abs. 1 Satz 3 BVG, LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 21. Januar 2015, L 13 VH 5/13).

Â

Eine derart schwere Erkrankung über einen so langen Zeitraum, hier knapp 14 Jahre, kann nicht angenommen werden. Sie ergibt sich insbesondere nicht aus dem Gutachten des Sachverständigen Dr. F. Dieser hat anschaulich dargestellt, dass die Klägerin durch die durch die Gewalttat hervorgerufene posttraumatische Belastungsstörung durchaus deutlich in ihrer Erlebnis- und Gestaltungsfähigkeit beeinträchtigt war und zusätzlich durch die bei ihr schädigungsunabhängig

bestehende Alkoholkrankheit in ihrer Alltagskompetenz eingeschrĤnkt war. Gleichwohl hat der SachverstĤndige ebenso nachvollziehbar ausgefļhrt, dass die KlĤgerin in den zurļckliegenden Jahren ļber so viel Sozialkompetenz und Selbstfürsorgefähigkeit verfügte, dass sie ihren eigenen Alltag und die Versorgung ihres 2005 geborenen Sohnes sicherstellen konnte und dabei auch im eingeschrĤnkten AusmaÄ∏ AuÄ∏en- und Sozialkontakte fļhren konnte, insbesondere einen stabilen Kontakt zu dem Vater ihres Sohnes halten konnte. Insoweit stehen diese überzeugenden Feststellungen des Sachverständigen in der Tat im Widerspruch zu dessen relativ pauschaler Schlussfolgerung, die KlĤgerin sei wegen der beschriebenen Krankheiten an einer Antragstellung gehindert gewesen. MĶglicherweise hat der SachverstĤndige auch zum Ausdruck bringen wollen, dass die KlĤgerin wegen der bei ihr bestehenden Erkrankungen nicht in der Lage gewesen ist, sich proaktiv über die Ansprüche nach dem OEG zu informieren. Dies schlie̸t nach der obigen Rechtsprechung zum PublizitÃxtsgrundsatz, wonach gesetzliche Regeln als bekannt gegeben gelten, ein Verschulden hinsichtlich einer späxteren Antragstellung aber gerade nicht aus. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Klägerin die Hilfe von Beratungsstellen, insbesondere einer Suchtberatungsstelle in Anspruch genommen hat, sodass eine Information ýber die Rechte von Gewaltopfern gegebenenfalls auch durch Inanspruchnahme dieser professionellen HilfemĶglichkeit gegeben wäre.

Â

Schlie̸lich ist entscheidend, dass auch aus den beigezogenen Akten des GrundsicherungstrĤgers keineswegs der Eindruck entsteht, dass die KlĤgerin im Zeitraum vor 2017 nicht in der Lage gewesen wAxre, gegenA¼ber BehA¶rden ihre Interessen wahrzunehmen. So sind in den auszugsweise beigezogenen Akten des Jobcenters Ostholstein neben den regelmäÃ∏igen Weiterbewilligungsanträgen der Klägerin zahlreiche Kontakte der Klägerin mit dem Jobcenter dokumentiert, bei denen sie zielgerichtet und sachgerecht ihre Interessen vertreten hat. Vermerkt ist etwa eine persönliche Vorsprache der Klägerin am 19. Juli 2005, bei der die Klägerin die Zusicherung der Ã∏bernahme der Kosten für eine neue Wohnung begehrte. Ferner eine kurz darauf folgende persĶnliche Vorsprache der KlĤgerin, bei der sie die fehlerhafte Zahlung der neuen Miete an den alten Vermieter zu Recht moniert hat. Am 30. November 2005 hat die Klägerin persä¶nlich bei dem Jobcenter vorgesprochen und ihren Standpunkt zu einer fraglichen, von ihr aber verneinten Bedarfsgemeinschaft mit dem Vater ihres 2005 geborenen Sohnes vertreten. Am 19. Juni 2006 sprach sie beim Jobcenter vor und zeigte den Verlust bzw. Diebstahl ihres Portmonees und den damit einhergehenden Verlust einer gröÃ∏eren Menge Bargeld an und bat um Gewährung eines Darlehns. Es finden sich noch etliche weitere Kontakte, bei denen die KlAzgerin, ihre jeweiligen Interessen gegenüber dem Jobcenter der jeweiligen Sachlage entsprechend interessengerecht vertreten hat. Den GesprĤchsvermerken ist dabei jeweils nur eine persönliche Vorsprache der Klägerin selbst zu entnehmen, die Begleitung durch eine Unterstützungsperson ist regelmäÃ∏ig nicht vermerkt worden.

Des Weiteren findet sich in den Akten des Jobcenters ein Beschluss des Amtsgerichtes Oldenburg in Holstein vom 15. Februar 2008, mit dem få¼r sie ein Betreuer unter anderem mit dem Aufgabenkreis der Vertretung gegenå¼ber Behå¶rden und sonstigen Institutionen bestellt worden ist. Auch få¼r den Zeitraum danach finden sich aber noch Gespråachsvermerke å¼ber perså¶nliche Vorsprachen der Klåagerin, bei denen sie ohne Zuhilfenahme des Betreuers ihre Interessen gegenå¼ber dem Jobcenter geltend gemacht hat, etwa als sie am 21. August 2008 Verzå¶gerungen bei der Auszahlung der Leistungen der Unterhaltsvorschusskasse mitteilte oder als sie am 21. Dezember 2009 um die Gewåahrung von Leistungen zum Kauf von Heizå¶l gebeten hat, nachdem sie zuvor im November 2009 mitgeteilt hat, dass ihr Vermieter nicht bereit sei, Heizå¶l få¼r die von ihr bewohnte Wohnung zu kaufen.

Â

Insgesamt bestätigt die Durchsicht der Grundsicherungsakten, dass die Klägerin durch die bei ihr bestehenden Erkrankungen, insbesondere die posttraumatische Belastungsstörung und die Alkoholerkrankung, sicherlich in ihrer Alltagsgestaltung eingeschränkt war, sie aber durchaus in der Lage war, ihre Interessen gegenýber Behörden zu vertreten und â \square je nach Sachlage â \square auch interessengerecht Anträge auf Sonderleistungen und ähnliches im Rahmen ihrer Grundsicherungsleistungen zu stellen.

Â

Von einer UnfĤhigkeit der KlĤgerin, einen Antrag nach dem OEG in der Zeit nach der Gewalttat bis zur tatsĤchlichen Antragstellung im Februar 2017 zu stellen, kann nach alledem nicht ausgegangen werden.

Â

Dass die Klägerin die Diagnose der posttraumatischen Belastungsstörung nicht kannte, sondern erst im Jahr 2017 von der konkreten Diagnose erfahren habe, wie sie vorgetragen hat, lässt das Verschulden der verspäteten Antragstellung nicht entfallen. Die Kenntnis einer konkreten Diagnose hinsichtlich der Folgen einer Gewalttat wird im Rahmen der Antragstellung auf Leistungen nach dem OEG nicht erwartet und dù⁄₄rfte medizinische Laien auch regelmäÃ□ig ù⁄₄berfordern. Die Antragstellung eröffnet vielmehr nur das Verwaltungsverfahren, in dessen Rahmen es Aufgabe des Beklagten ist, Feststellungen zu den bei der Antragstellerin vorliegenden Gesundheitsstörungen und ihrer Verursachung durch die Gewalttat zu treffen.

Â

Auch trifft es nicht zu, dass die KlĤgerin nicht wusste, dass ihre psychischen Probleme jedenfalls zum Teil auf der Gewalttat beruhten. Gegenļber der Gerichtshelferin S hat sie nĤmlich im damaligen Strafverfahren angegeben, seit der Gewalttat unter panischen AngstzustĤnden, SchlafstĶrungen und

Albträumen zu leiden und Aufenthalte in der Dunkelheit im Freien zu meiden (Bericht der Gerichtshilfe vom 17.0ktober 2003). Bestätigt wird dies durch ein Attest ihres damals behandelnden Psychiaters und Psychotherapeuten Dr. Z1 vom 11. November 2003, in dem dieser Schlafstörungen, ein nichtunterdrückbares Wiedererleben der traumatischen Szene, Flash-Backs, Albträume und nicht beherrschbare Angstzustände infolge der Gewalttat schilderte.

Â

Soweit der Beklagte in der Berufungsbegründung erwogen hat, dass eventuell fþr einen Zeitraum von 13 Monaten, in dem Versuche des Meisterns des Alltags ohne Unterstützung gescheitert seien, eine Verhinderung der Antragstellung ohne Verschulden angenommen werden könne, vermag dies eine erweiterte Rückwirkung des Antrages nach § 60 Abs. 1 Satz 2 BVG für die Zeit über die Jahresfrist hinaus nicht zu begründen, denn diese kann denknotwendig nur nahtlos vor Ablauf der Frist erfolgen. Später liegende Zeiträume sind insoweit ohne Belang (vergleiche BSG, Urteil vom 16. März 2016 aaO Rn. 25.). Vorliegend endete die Jahresfrist am 2. März 2004. Da es, was hier anzunehmen ist, der Klägerin in der Zeit danach möglich war einen Antrag nach dem OEG zu stellen, vermögen eventuelle Hinderungsgründe in den Jahren 2011/2012 und 2016 keine Rückwirkung des tatsächlich gestellten Antrages nach § 60 Abs. 1 Satz 3 BVG mehr zu bedingen.

Â

Vertretbar erscheint es zwar, eine UnfĤhigkeit zur Antragstellung in den ersten zwei Jahren nach der Tat anzunehmen, denn die SachverstĤndige D hatte in ihrem Gutachten vom 12.September 2018 ausgefļhrt, die Angabe der KlĤgerin, wonach sie in den ersten zwei Jahren nach der Tat quasi neben sich gestanden, nicht viel mitbekommen und wie in einer HÃ⅓lle gelebt, sei glaubhaft. Dies deckt sich auch mit der Befundschilderung von Dr. Z1. Andererseits fällt in diesen Zeitraum die Geburt ihres Sohnes M. Legte man gleichwohl ein fehlendes Verschulden fÃ⅓r zwei Jahre nach der Tat zugrunde, wÃ⅓rde die Jahresfrist zur Antragstellung erst ab 2. März 2005 (2 Jahre nach der Tat) beginnen, wäre dann aber auch am 2. März 2006 abgelaufen, so dass der tatsächlichen Antragstellung erst im Februar 2017, also fast 11 Jahr nach Ablauf der erweiterten Frist, keine RÃ⅓ckwirkung zukommt.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf \hat{A} § 193 Abs. 1 SGG und folgt der Entscheidung in der Hauptsache.

Â

 $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nde $f\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die Zulassung der Revision gem \tilde{A} ¤ \tilde{A} <math>160 Abs.2 SGG liegen nicht vor.

Erstellt am: 09.06.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024